

Die bayerische Landwirtschaft will keine neuen Kartoffelhöchstpreise

3. München, 3. März. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Die bayerische Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich heute mit einer sozialdemokratischen Anfrage, was die Staatsregierung gegen Maßnahmen der Reichsregierung, die zur Lähmung der Lebensmittelversorgung der Städte geeignet seien, zu tun gedenke. Die Interpellation bezog sich besonders auf eine Entscheidung der Kreisregierung von Oberbayern, durch die ein vom Magistrat von München für mehrere Stuttgarter und Münchener Eiergroßhändler ausgesprochenes Verbot des Eierhandels in München wieder aufgehoben wurde. Der Münchener Magistrat hat bereits einstimmig das Ministerium um Aufhebung dieser Entscheidung ersucht. Das Vorgehen der Reichsregierung wurde von den Rednern aller Parteien scharf kritisiert. Der Minister des Innern erklärte, daß die eingerichtete Stelle für den Eierhandel den Städten das Recht zu ertainen Verboten gebe, ohne daß deshalb die angefochtene Regierungsentscheidung aufgehoben werden müsse. Ein weiteres Urteil könne er noch nicht abgeben, da der Bericht über das Vorgehen des Magistrats noch nicht in den amtlichen Einlauf gelangt sei. In der Debatte wandte sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Schittenbauer, Gymnasialprofessor und Generalsekretär der bayerischen christlichen Bauernvereine, entschieden gegen die neue Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise. Er stellte fest, daß die bayerische Landwirtschaft keine Erhöhung der Preise verlangt habe und auch nicht gefragt worden sei.